

ERICH SCHNEIDER

ENTWICKLUNGEN UND WANDLUNGEN
DER WIRTSCHAFTSTHEORIE



VERÖFFENTLICHUNGEN DER
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHEN UNIVERSITÄTSGESELLSCHAFT
NEUE FOLGE—Nr. 25

ERICH SCHNEIDER

ENTWICKLUNGEN UND WANDLUNGEN
DER WIRTSCHAFTSTHEORIE



FERDINAND HIRT IN KIEL

1959

REDE
ANLÄSSLICH DER FEIERLICHEN ERÖFFNUNG
DES REKTORATSJAHRES 1959/60
AM 14. MAI 1959

COPYRIGHT 1959 BY FERDINAND HIRT IN KIEL
DRUCK UND BUCHBINDERARBEIT: SCHMIDT & KLAUNIG, KIEL

Die Welt der wissenschaftlichen Forschung sind die Geheimnisse der Welt. Wissenschaft entsteht immer nur dort, wo ein Phänomen von uns als Geheimnis und damit als etwas der Erklärung Bedürftiges empfunden wird. Nur dort, wo wir eine Erscheinung oder einen Vorgang als Problem empfinden, kann jene leidenschaftliche Neugier lebendig werden, ohne die wissenschaftliche Arbeit sich nicht entfalten kann. Der Neugier also oder, wenn Sie wollen, unserem Vorwitz verdanken wir im Grunde alle echte wissenschaftliche Erkenntnis — auch da, wo sie nicht um ihrer selbst willen, sondern aus pragmatischen Gründen gesucht wird. Im Bereich der Mathematik, der Naturwissenschaften und der Medizin fühlt selbst der naive Mensch die Fülle und Tiefe der Geheimnisse, die dem suchenden Geist zur Enträtselung aufgegeben sind; und die Einsichten, die in langem und mühsamem Suchen in diesen Disziplinen gewonnen worden sind, sind so spektakulär, daß sie von niemandem übersehen werden können und niemand über die unmittelbare Bedeutung dieser Ergebnisse für die eigene Existenz und für die Existenz der Menschheit im Zweifel sein kann.

Das ist anders im Bereich der Wirtschaftswissenschaften. Die Geheimnisse des Wirtschaftslebens fallen nicht so unmittelbar in die Augen wie die der physischen Welt, weshalb sich der forschende Geist ihnen auch erst viel später zuwandte als etwa den Naturwissenschaften. Erst 200 Jahre alt ist unsere Disziplin — eine kurze Zeitspanne, gemessen an dem ehrwürdigen Alter anderer Disziplinen. Und was in dieser Zeit erobert worden ist, hat in der breiten Öffentlichkeit keineswegs den Glanz der großen Errungenschaften und Taten anderer Disziplinen. Die Wirtschaftswissenschaft dringt nicht zu fernsten Gestirnen; sie sagt nichts über die letzte und entscheidende Frage nach dem Sinn des Lebens. Sie ist, wie der englische Ökonom A. C. PICOU einmal gesagt hat, von der Straße, sie ist plebejisch. Das Problem der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, Wünsche und Zwecke mit den zur Verfügung stehenden Mitteln ist ihre Domäne.

Und gleichwohl — auch die Welt der Wirtschaft ist eine Welt voll von Geheimnissen, deren Enträtselung für unsere Existenz auf diesem Planeten von mindestens der gleichen Wichtigkeit ist wie z. B. die Ergebnisse der modernen Naturwissenschaften. Nur liegen die Geheimnisse der Wirtschaft nicht so offen zutage wie die der Natur; und es kommt dem einzelnen in der Regel nicht zum Bewußtsein, wie schicksalhaft sich Fehler in der Analyse dieser Geheimnisse für Menschen und Nationen auswirken können.

Wo also — so wollen wir zunächst fragen — tun sich in der Welt der Wirtschaft Geheimnisse auf, die unsere Neugier reizen könnten? Unsere physische Existenz steht unter dem kalten Stern der Knappheit. Wie sehr auch die Technik fortschreitet, niemals ist es möglich, alle Bedürfnisse und Wünsche der Menschen in einer bestimmten Periode im Rahmen der vorhandenen Ressourcen bis zur Sättigung zu befriedigen. Es muß deshalb eine Entscheidung darüber gefällt werden, welche Zwecke und Wünsche erfüllt und in welchem Ausmaß sie im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten erfüllt werden sollen. Das wirtschaftliche Grundproblem besteht immer in einer Wahl zwischen verschiedenen Alternativen: es ist eine Entscheidung darüber zu treffen, in welcher Richtung und in welchen Quantitäten die menschlichen, natürlichen und sachlichen Ressourcen eingesetzt und wie die Erzeugnisse verteilt werden sollen.

In allen Wirtschaften sind diese beiden Grundprobleme zu lösen; und sie werden gelöst, wenn auch in verschiedener Weise.

In einer zentralgeleiteten Verwaltungswirtschaft oder kollektivistischen Wirtschaftsordnung unterliegt der Produktions- und Verteilungsplan dem staatlichen Befehl. Nicht die Wünsche frei entscheidender Individuen bestimmen hier Produktion und Verteilung, sondern die Präferenzen und der Befehl des Staates. Wenn auch eine derartige kollektivistische Wirtschaftsordnung in voller Reinheit niemals in der Realität zu finden ist, so tragen doch viele in der Geschichte verwirklichte Ordnungen vorwiegend kollektivistische Züge, weshalb die Analyse des reinen Falles den zweckmäßigen gedanklichen Ausgangspunkt des Studiums aller Wirtschaftsordnungen bildet, in denen der Staat über die Allokation der Ressourcen entscheidet.

Anders vollzieht sich die Lösung des ökonomischen Grundproblems in einer freien Marktwirtschaft, also in jener Wirtschaftsordnung, die das Gegenstück zur zentralgeleiteten Wirtschaftsordnung bildet. In einer solchen Wirtschaftsordnung unterliegt das Was, Wie und Wo der

Produktion, d. h. der Einsatz der Ressourcen, der freien Entscheidung unabhängig voneinander handelnder Unternehmer, die auf eigene Rechnung und Gefahr einen Teil des Produktionsprozesses durchführen und sich bei ihren Entschlüssen vom Streben nach Gewinn leiten lassen, wobei die Produktionsentschlüsse das Ergebnis von Kalkülen sind, die sich an den Preisen der Faktoren und Produkte und an dem erwarteten Absatz orientieren. Wie die Unternehmer bestimmen auch die Nichtunternehmer frei darüber, wie und an welcher Stelle des Produktionsprozesses sie an der Erstellung des Sozialproduktes mitwirken und ihr Einkommen erwerben wollen. Ebenso frei entscheiden die Haushalte über die Aufteilung des verfügbaren Einkommens auf Konsum und Ersparnis, wobei für die Kaufentscheide die individuellen Präferenzen, die Einkommenshöhe und die Konsumgüterpreise maßgebend sind. Millionen unabhängig voneinander handelnder, Produktions- und Kaufentscheide treffender Individuen bestimmen also hier über Größe, Zusammensetzung und Verteilung des Sozialproduktes. Selbstverständlich hat es niemals eine Marktwirtschaft ohne eine staatliche Ordnung gegeben, weshalb auch die freie Marktwirtschaft ebenso ein Grenzfall und in voller Reinheit in der Wirklichkeit ebensowenig zu finden ist wie die rein kollektivistische Wirtschaftsordnung. Aber es hat von dem Zeitpunkt des Beginns der Industrialisierung im 18. Jahrhundert bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges Marktwirtschaften gegeben, in denen sich der Staat darauf beschränkte, die Freiheit der individuellen Entscheidungen durch eine entsprechende Rechtsordnung zu sichern und sich selbst jedes Eingriffes in die wirtschaftlichen Entscheidungen zu enthalten bzw. nur solche Aufgaben zu übernehmen, die der privaten Initiative nicht überlassen werden können. „Der Staat“ — so schrieb der Klassiker unserer Wissenschaft, ADAM SMITH, in seinem Werk „Über den Reichtum der Nationen“ (1776) — „ist in diesem natürlichen System vollkommen einer Pflicht entbunden, bei deren Ausübung er ja doch immer wieder unzähligen Täuschungen ausgesetzt sein muß und zu deren sachgemäßer Erfüllung Weisheit und Kenntnisse von Menschen nicht ausreichen, der Pflicht nämlich, die Arbeit aller Menschen zu überwachen und sie in der dem Gesamtwohl entsprechenden Weise zu leiten. Nach dem System der natürlichen Freiheit beschränkt sich der staatliche Eingriff nur noch auf die Erfüllung dreier Funktionen:

1. die Nation gegen Gewalttätigkeiten und Angriffe anderer Nationen zu schützen,

2. jeden einzelnen Vertreter der eigenen Nation vor den rechtlichen Übergriffen aller anderen soweit als möglich zu bewahren, d. h. Rechtspflege zu üben, und
3. bestimmte öffentliche Einrichtungen zu schaffen, deren Errichtung und Unterhalt der privaten Initiative nicht überlassen werden kann.“

Diese freie Marktwirtschaft ist nun eine Herausforderung an den nach Erkenntnis und Verstehen strebenden Verstand:

Wie ist eine Koordination der Millionen von individuellen Produktions- und Verbrauchsentscheidungen überhaupt möglich?

Wie vollzieht sich in diesem System die Abstimmung zwischen Produktion und Verbrauch?

An diesen Fragen hat sich gelehrte Neugier zuerst entzündet. Und in der Tat stehen wir in allen vorwiegend marktwirtschaftlichen Ordnungen jeden Tag vor dem sich vor unseren Augen vollziehenden Wunder, daß trotz fehlender zentraler Lenkung oder Koordination der individuellen Wirtschaftspläne an jedem Tag die Versorgung einer großen Stadt oder eines noch größeren Marktgebietes mit Gütern gesichert ist. Eine nähere Untersuchung zeigt nun, daß diese Abstimmung zwischen Produktion und Verbrauch über die Güterpreise erfolgt. Die Analyse des für das Funktionieren der Marktwirtschaft entscheidenden Preismechanismus stellt deshalb das zentrale Problem der ökonomischen Theorie seit Beginn des „Zeitalters des Individuums“ (J. BURCKHARDT), d. h. seit der Abkehr vom Merkantilismus und dem Durchbruch der Privatinitiative, dar. In seiner ganzen Tragweite wird die Bedeutung des Preismechanismus für die Allokation der Ressourcen in der Marktwirtschaft auch dem nur oberflächlichen Beobachter deutlich, wenn er einmal darüber nachdenkt, welchem Chaos wir gegenüberstehen würden, wenn morgen alle Preise und damit die Orientierungszeichen für sämtliche wirtschaftlichen Entscheidungen verschwunden wären.

In enger Verbindung mit der Frage der Funktionsweise der Marktwirtschaft steht die Frage, welche Faktoren in einer auf freier Konkurrenz basierenden Marktwirtschaft die Einkommensverteilung bestimmen. Von dieser Fragestellung aus haben zahlreiche Denker den Weg zur Wirtschaftswissenschaft gefunden. Das Phänomen der Armut hat immer wieder hervorragende Geister unserer Disziplin zugeführt. Der größte Ökonom Englands an der Wende des 19. und 20. Jahrhunderts, ALFRED MARSHALL, bekennt: „In meinen Ferien besuchte ich die ärmsten Viertel verschiedener Städte, durchwanderte ihre

Straßen und studierte die Gesichter der Ärmsten. Da beschloß ich ein ernstes Studium der Ökonomie.“

Den größten Denker, den Schweden auf unserem Gebiet hervorgebracht hat — KNUT WICKSELL —, beunruhigte ebenfalls das Problem der Armut in Schweden. 1880 hielt er — 29 Jahre alt — in Uppsala einen Vortrag mit dem Titel: „Welches sind die gewöhnlichsten Ursachen der Trunksucht, und wie können sie beseitigt werden?“ und gab folgende Antwort: „Die häufigste Ursache der Trunksucht ist die Armut, und die Ursache der Armut ist die hohe Geburtenzahl.“ Von der Demographie führte ihn dann der Weg zur Ökonomie.

J. H. von THÜNENS grundlegende Untersuchungen zur Theorie der Einkommensverteilung in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts haben ihre Wurzel in einer tiefen Sorge um die Zukunft der menschlichen Gesellschaftsordnung, und THÜNENS Arbeit ist der erste großartige Versuch, das Verteilungsproblem aus der Sphäre der Macht und der Ideologie herauszulösen und einen objektiven Maßstab für die Verteilung des Sozialproduktes zu finden; was er uns bietet, ist heute noch lesenswert und zukunftssträchtig.

Aber kehren wir zurück zu dem zentralen Problem der freien Marktwirtschaft, nämlich der Arbeitsweise des Preismechanismus. Die gesamte klassische Theorie der Marktwirtschaft kennt natürlich den Begriff der unfreiwilligen Arbeitslosigkeit, d. h. einen Zustand, in dem Arbeitssuchende bei den herrschenden Preisen und Löhnen keine Arbeit finden können. Sie vertritt aber die Auffassung, daß ein solcher Zustand bei völlig flexiblen Preisen und Löhnen und unter der Herrschaft freier Konkurrenz nur von kurzer Dauer sein könne und automatisch durch Veränderung der Preis-Lohnrelationen und (oder) automatische Änderungen des Zinssatzes verschwinden würde.

In der großen Depression der dreißiger Jahre ist dieser Glaube an den Vollbeschäftigungsautomatismus der freien Marktwirtschaft in seinem Kern erschüttert worden. Wie das Auftreten einer bisher unbekanntes Krankheit die medizinische Forschung beflügelt, so gab das für Millionen schicksalhafte und die Fundamente unserer Gesellschaftsordnung zerstörende, bisher unbekanntes Phänomen der langandauernden unfreiwilligen Massenarbeitslosigkeit den Anstoß zu erneutem Durchdenken bis dahin als gesichert geltender Sätze. Was selbstverständlich schien, wurde Gegenstand fruchtbarer Zweifels, d. h. der Form des Zweifels, die nicht zum Verzweifeln, sondern zu neuen

Erkenntnissen führt. Es blieb dem genialen englischen Ökonomen J. M. KEYNES vorbehalten, 1936 das Räderwerk der Marktwirtschaft so bloßzulegen, daß die Mängel in den bisherigen Vorstellungen deutlich wurden. Diese im Jahre 1936 der Fachwelt mitgeteilten Erkenntnisse und die sich daran anschließenden Untersuchungen haben unser wirtschaftliches Weltbild von Grund auf verändert.

Zunächst: in einer Wirtschaft gelten im Zustand der Unterbeschäftigung — d. h. bei unfreiwilliger Arbeitslosigkeit und freien Kapazitäten — andere Zusammenhänge als in einer Wirtschaft im Zustand der Vollbeschäftigung. Nur ein Beispiel mag den Unterschied zeigen: im Zustand der Unterbeschäftigung können zusätzliche Investitionen ohne vorherige oder gleichzeitige Einschränkung des Konsums, d. h. ohne vorherige oder gleichzeitige Erhöhung der freiwilligen Ersparnis, durchgeführt werden. Im Zustand der Vollbeschäftigung ist eine Ausdehnung der Investitionen nur möglich, wenn der Konsum gleichzeitig oder vorher entsprechend eingeschränkt wird. Es müssen ja Ressourcen freigesetzt werden, um die Investitionen durchführen zu können, was nur durch Einschränkung des Konsums, d. h. durch Erhöhung der Ersparnis, möglich ist. Im Fall der unterbeschäftigten Wirtschaft dagegen bedarf es einer solchen Freisetzung bisher beanspruchter Ressourcen nicht. Sie sind ja vorhanden und brauchen nur eingesetzt zu werden. Soll eine vorhandene Unterbeschäftigung beseitigt werden, so bedarf es aber gerade des Einsatzes der ungenutzten Ressourcen, z. B. durch Erhöhung der Investitionen. Ein in der Gedankenwelt der klassischen Vollbeschäftigungstheorie lebender Politiker würde eine entsprechende Erhöhung der freiwilligen Ersparnis als notwendige Vorbedingung fordern. Das Ergebnis wäre, daß die Wirtschaft weiter im Zustand der Unterbeschäftigung verharrt und der angestrebte Expansionsprozeß ausbleibt.

Zweitens: eine Erhöhung der Ersparnis aus einem gegebenen Einkommen löst nicht — wie die ältere Theorie glaubte — automatisch eine entsprechende Erhöhung der Investitionen aus, d. h. eine Realvermögensbildung, die den Nachfrageausfall in der Konsumsphäre kompensiert und mithin die Beschäftigung ungeändert läßt. Für den einzelnen ist es richtig, daß ein erhöhtes Sparen eine Zunahme seines Vermögens bedeutet. Für die Wirtschaft als Ganzes dagegen führt eine Erhöhung der Ersparnis primär zu einer Vernichtung von Wohlstand. Beschäftigung und Sozialprodukt schrumpfen, wenn der durch die erhöhte Ersparnis erzeugte Nachfrageausfall nicht durch eine

entsprechende Investition, d. h. durch Schaffung von neuem Erzeugersachkapital, kompensiert wird. Es gehört zu den großen Leistungen der neueren Theorie, gezeigt zu haben, daß weder flexible Lohnsätze noch flexible Zinssätze diese Kompensation garantieren. Hier wird deutlich, wie gefährlich es ist, einzelwirtschaftlich korrekte Sätze kritiklos auf die Gesamtwirtschaft zu übertragen.

Ein weiteres bedeutsames Ergebnis des erneuten Durchdenkens des Räderwerkes der Marktwirtschaft ist die klare Durchleuchtung der Einflüsse, die von Veränderungen im monetären Sektor auf Produktion und Preise ausgehen. Die ältere Theorie vertrat die Auffassung, daß eine unmittelbare Beziehung zwischen der Geldmenge im Nichtbankensektor, d. h. der Summe der dort befindlichen Kassenbestände und der Höhe der Güterpreise, bestehe, derart, daß eine Vergrößerung (Verminderung) der Geldmenge im Nichtbankensektor zu einer Verminderung der Güterpreise führe. Eine kleine Überlegung zeigt indessen, daß die Zusammenhänge zwischen Geldmengen und Güterpreisen keineswegs so einfach sind. Das wirtschaftliche Geschehen ist die Resultante der Dispositionen der handelnden Wirtschaftssubjekte. Eine Veränderung der Geldmenge kann sich mithin auf die Preise nur in der Weise auswirken, daß die Dispositionen der Anbieter und (oder) der Nachfrager durch diese Variation beeinflusst werden. Man muß also zunächst zeigen, wie überhaupt eine autonome Änderung der Kassenbestände im Nichtbankensektor möglich ist und ob derartige Änderungen der Kassenbestände (wohlgemerkt der Kassenbestände, *nicht* der Einkommen!) die Anbieter und (oder) die Nachfrager veranlassen, ihre Dispositionen so zu ändern, daß daraus gleichgerichtete generelle Preisänderungen resultieren. Diese Zusammenhänge sind nun von der neueren Theorie eingehend untersucht worden. Es hat sich dabei gezeigt, daß eine autonome Verringerung der Kassenbestände durch Krediteinschränkung im Nichtbankensektor keineswegs immer zu einer Preissenkung bei unveränderter Beschäftigung, sondern im Regelfall zu Arbeitslosigkeit bei konstanten oder wenig sinkenden Preisen führt. Umgekehrt kann eine Kreditexpansion oder eine Vermehrung der Geldmenge im Nichtbankensektor durch expansive Offenmarktpolitik bei Unterbeschäftigung zu einer Erhöhung der Beschäftigung bei konstanten Preisen führen. Es bestehen also sehr komplizierte Zusammenhänge zwischen Variationen der Geldmenge, der Beschäftigung und den Güterpreisen. Eine unmittelbare direkte Relation zwischen der Höhe der Kassenbestände und der Höhe der Güterpreise existiert

nicht. Beachten Sie die große wirtschaftspolitische Bedeutung dieser Erkenntnisse. Ein Politiker, der der Theorie verhaftet ist, daß eine Parallelität zwischen Geldmenge und Güterpreisen besteht, wird einer Preissteigerungstendenz, falls er sie zu bekämpfen wünscht, durch eine Kreditkontraktion entgegenzuwirken suchen. Die Wirtschaftsgeschichte bietet Beispiele genug für ein derartiges Vorgehen, aber auch Beispiele genug dafür, daß diese Politik Arbeitslosigkeit und keinen wesentlichen Preisfall herbeigeführt hat. Um 1930 haben Länder wie Deutschland, Frankreich, Holland, Belgien, die Schweiz und Dänemark versucht, durch Krediteinschränkung das Preisniveau zu drücken, um die Goldparität zu halten und später nach Aufgabe der Goldwährung die Wechselkurse zu stabilisieren. Das Resultat dieser Maßnahmen war katastrophal: Zusammenbruch zahlreicher Unternehmungen und ungeheure Arbeitslosigkeit.

In der gleichen verhängnisvollen Richtung wirkten verfehlte Vorstellungen über die Zusammenhänge zwischen der Höhe des Volkseinkommens und der Höhe der Güterpreise. Man glaubte, eine Preisenkung durch Verminderung des verfügbaren Einkommens (etwa durch Erhöhung der Einkommensteuer) herbeiführen zu können, und übersah, daß eine Verminderung des Volkseinkommens bei gegebenen Lohnsätzen primär zu einem Absinken der Beschäftigung führt und erst über diese Beschäftigungsabnahme vielleicht eine Senkung des Preisniveaus bewirkt.

Erst die neuere Theorie hat auch die Zusammenhänge zwischen Staatshaushalt, ökonomischer Aktivität und Güterpreisen wirklich klären können. Es ist ein Haupttheorem der älteren Theorie, daß vom Staatshaushalt dann keine deflatorischen oder inflatorischen Einflüsse ausgehen können, wenn die Ausgaben des Staates für Güter und Dienste gerade gleich seinem Steueraufkommen sind — anders ausgedrückt: daß ein ausgeglichener Haushalt in bezug auf die Beschäftigung neutral ist. Eine einfache Überlegung zeigt indessen, daß diese These falsch ist. Nehmen wir an, eine Wirtschaft befinde sich im Zustand hoher Beschäftigung. Von einem bestimmten Zeitpunkt ab lasse die private Investitionstätigkeit nach, etwa weil die Unternehmer in bezug auf die zukünftigen Gewinnaussichten pessimistisch werden. Es ist klar, daß dann Beschäftigung und Volkseinkommen sinken. Bei gegebenem Steuerrecht sinkt das Steueraufkommen des Staates. Ein Staat, der seinen Haushalt stets ausgleichen will, muß seine Ausgaben entsprechend reduzieren, was zu einer Verstärkung der Einkommens- und Beschäftigungskontraktion

führt. Das Umgekehrte gilt für den Fall einer wirtschaftlichen Expansion. Ein stets ausgeglichener Haushalt wirkt hier verstärkend auf den Expansionsprozeß. Solange Unterbeschäftigung und freie Kapazitäten vorhanden sind, ist eine derartige Unterstützung des Expansionsprozesses erwünscht. Sobald aber Vollbeschäftigung erreicht ist, kann eine weitere Verstärkung des Expansionsprozesses sich nur noch in einer Erhöhung des Geldeinkommens, d. h. inflatorisch, auswirken. Von einer in bezug auf Beschäftigung und Volkseinkommen vorhandenen Neutralität eines ausgeglichenen Staatshaushaltes kann also keine Rede sein. Vielmehr ergibt sich als unausweichliche Konsequenz, daß eine Wirtschaft im Zustand der Depression ein Budgetdefizit, im Zustand des Booms einen Budgetüberschuß braucht. Der Staatshaushalt wird damit zu einem höchst wirksamen Instrument der Beeinflussung der ökonomischen Aktivität.

Es gehört ferner zu den in der älteren Theorie feststehenden Wahrheiten, daß die Ursache unfreiwilliger Arbeitslosigkeit darin liegt, daß der Lohnsatz relativ zu den Güterpreisen zu hoch ist und daß nur eine Senkung des Lohnsatzes erforderlich ist, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, und daß diese Lohnsenkung bei freier Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt von selbst eintreten würde — wie etwa auf dem Gemüsemarkt ein Überangebot durch Preisfall automatisch verschwindet. Es sei also die durch das Nichtbestehen freier Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt erzeugte Starrheit der Geldlohnsätze daran schuld, wenn die Arbeitslosigkeit nicht verschwinde. Erst die neuere Forschung hat die ganze zwischen Löhnen, Preisen und Beschäftigung bestehende Interdependenz zutreffend analysiert und gezeigt, daß weder Lohnsenkungen noch Lohnerhöhungen ein verlässliches Mittel zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit sind. Die Vorstellung, daß eine Lohnsenkung zu einer Erhöhung der Beschäftigung führt, ist im übrigen wieder ein eindrucksvolles Beispiel einer fehlerhaften Anwendung eines für die Einzelwirtschaft korrekten Satzes auf die Gesamtwirtschaft. Für die einzelne Unternehmung bietet eine partielle Lohnsenkung bei ungeänderter Nachfrage einen Anreiz zur Expansion der Produktion. Sobald aber eine generelle, die gesamte Wirtschaft umfassende Lohnsenkung vorgenommen wird, kann die Annahme, daß die Nachfrage gegenüber der einzelnen Unternehmung konstant bleibt, nicht mehr gemacht werden. Der Lohn ist nicht nur Kosten-, sondern auch Einkommensfaktor. Es ist deshalb keineswegs sicher, daß eine generelle Lohnsenkung zu einer Erhöhung der gesamten Nachfrage und damit zu einer Expansion

der Beschäftigung führt. Das gleiche gilt für eine generelle Lohn-
erhöhung. Die Zusammenhänge sind sehr kompliziert und werden nur
in einer Kreislauftheorie deutlich, in der das Doppelgesicht des Lohnes
zum Ausdruck kommt.

Das Geheimnis der größeren Leistungsfähigkeit der neueren Theorie
ist darin zu suchen, daß sie den Kreislauf der Einkommen, d. h. die
Entstehung des Volkseinkommens und seine Verwendung, zutreffend
analysiert hat. Sie hat gezeigt, von welchen Faktoren die Breite des
Einkommensstromes bestimmt wird und daß die Aufteilung des Ein-
kommens auf Konsum, Ersparnis und Steuern ihrerseits wieder ent-
scheidenden Einfluß auf die Breite des Einkommensstromes besitzt.
Die Kreislaufvorstellung, d. h. die Vorstellung, daß Einkommen von
den Unternehmungen zu den Haushalten und von den Haushalten
wieder zu anderen Wirtschaftseinheiten zurückfließen, ist natürlich
nicht neu. Sie ist im Grunde bei allen Theoretikern vorhanden und
explizit zum ersten Mal von FRANÇOIS QUESNAY, dem Schöpfer der
Physiokratie, in Frankreich vor 200 Jahren in dem berühmten „Tableau
Economique“ dargestellt worden. Die Physiokraten fühlten instinktiv
die Bedeutung dieser Entdeckung. Der ältere MIRABEAU bezeichnet
das „Tableau Economique“ von QUESNAY neben der Schrift und dem
Geld als die dritte große Erfindung der Menschheit, deren Früchte
die Nachwelt pflücken wird. Heute nach 200 Jahren sind wir dabei,
die Ernte einzubringen. Die Aufdeckung der Beziehungen zwischen
Einkommensentstehung und Einkommensverwendung durch die neuere
Forschung hat uns jenes überaus fruchtbare Instrument der volkwirt-
schaftlichen Gesamtrechnung beschert, das heute zum unentbehrlichen
Werkzeug der Wirtschaftspolitik fast aller Länder geworden ist. Indessen
kommt es im Wirtschaftsleben weniger darauf an, wo wir stehen, als
darauf, in welcher Richtung wir uns bewegen. Eine Registrierung ver-
gangenen Geschehens hat dann und nur dann Sinn, wenn sie uns hilft,
die Zukunft zu gestalten. Von diesem Standpunkt aus gewinnt die
volkwirtschaftliche Gesamtrechnung höchste Bedeutung als ein Kon-
trollinstrument für die Wirksamkeit wirtschaftspolitischer Maßnahmen.
Jede Wirtschaftspolitik muß sich Gedanken darüber machen, wie eine
bestimmte Maßnahme, etwa eine Diskontsenkung, eine Steuervariation,
eine Wechselkursänderung im Hinblick auf die angestrebten Ziele wirkt.
Und zwar muß sie sich nicht nur über die Richtung klar werden, in
der diese oder jene Maßnahme wirkt, sondern auch über das ungefähre

numerische Ausmaß der Wirkung. Eine solche Aussage ist nur im
Rahmen einer Theorie möglich, die numerische Aussagen über die
Wirkung wirtschaftspolitischer Maßnahmen zu machen gestattet. Die
Möglichkeit derartiger Aussagen und damit einer auf rationalen Über-
legungen fußenden Wirtschaftspolitik ist heute angesichts des Umfanges
des statistischen Materials und der Leistungsfähigkeit moderner statisti-
scher Methoden in greifbare Nähe gerückt. Ohne die Verwendung der
Sprache der Mathematik sind allerdings diese Probleme nicht zu lösen.
Der Nichtfachmann, der heute eine führende wissenschaftliche ökonomi-
sche Fachzeitschrift aufschlägt oder die wirtschafts- und sozialwissen-
schaftlichen Forschungsstätten der Welt besucht, wird erstaunt sein
über das Ausmaß, in dem jetzt mathematische Denkmethode in die
Wirtschaftswissenschaft — und, fügen wir gleich hinzu, auch in die
Wirtschaftspraxis — Eingang gefunden haben. Nun ist die Verwendung
mathematischer Denkformen in der Wirtschaftswissenschaft an sich
kein Novum. Sie ist so alt wie die Wirtschaftswissenschaft selbst. Die
größten Theoretiker der Wirtschaft sind ohne mathematische Denk-
weisen, wenn auch oft sehr einfacher Art, nicht ausgekommen, weil
die Art der Beziehungen zwischen den für das ökonomische Handeln
und Geschehen relevanten Größen uns die Sprache der Mathematik
geradezu aufdrängt. Was die neuere Entwicklung von der älteren
Theorie unterscheidet, ist allein der Umfang, in dem gegenwärtig
mathematische Methoden zur Anwendung kommen.

In Deutschland, dem Land, in dem man lange Zeit hindurch Ökonomie
nur als Historie betrieben hat, hat sich dieser Prozeß der Mathematisie-
rung der ökonomischen Theorie nicht reibungslos vollzogen. SCHMOLLER,
der Begründer der historischen Schule, hat sogar Deutschland für mehr
als 30 Jahre aus dem Strom theoretischer Forschung überhaupt heraus-
gerissen — so weit herausgerissen, daß POHLE im Jahre 1911 schreiben
konnte: „Mit dem siegreichen Vordringen der historischen Richtung
ist es dahin gekommen, daß es wirkliche Nationalökonomien in der
deutschen Wirtschaftslehre eigentlich nur noch als rarae aves gibt.“
Die verhängnisvollen Konsequenzen der Theoriefeindlichkeit der deut-
schen historischen Schule hat niemand besser beschrieben als MORITZ
BONN, der langjährige Rektor der Berliner Handelshochschule nach
dem ersten Weltkrieg, in seinem Buch „So macht man Geschichte“
(München 1933, S. 53/54): „SCHMOLLER lehrte seine Schüler, alle
wirtschaftlichen Probleme als formlose, sich immer wandelnde Phäno-
mene zu betrachten, deren wahres Wesen man doch nicht ergründen

könne. Daher tue man am besten, ihre Geschichte zu studieren. . . . Was die Wirtschaftspolitik angehe, so sei es klug, sich zurückzuhalten; man solle sie den jeweiligen Machthabern überlassen. Wenn diese ihre Entscheidungen gefällt hätten, könne man sie mit einschlägigen Tatsachen und guten Gründen rechtfertigen.“ BONN fährt dann fort: „Die wirtschaftliche Erziehung der preußischen Bürokratie lag jahrelang in den Händen SCHMOLLERS und seiner Schüler. Ihr negatives Ergebnis wurde in der Inflationskrise nach dem ersten Weltkrieg sichtbar. Die Bürokratie hatte von den einfachsten Wirtschaftsbegriffen keine Ahnung — es gab kaum jemand im preußischen oder im Reichs-Finanzministerium, der etwas von Inflation wußte (in Österreich lagen die Dinge anders). Zudem hatte SCHMOLLERS Relativismus die Beamtenschaft von der Bedeutungslosigkeit sachverständiger Gutachter überzeugt. Seine Schüler hatten nicht gelernt, die Gegenwart mit dem Blick auf die Zukunft zu betrachten, sie waren gelehrt worden, nach rückwärts zu schauen. Sie konnten nicht sagen, was getan werden müsse; sie wußten nur, was getan worden war.“

Selbstverständlich wird es niemand einfallen, die Notwendigkeit der Geschichts- und Tatsachenforschung zu leugnen, aber — ich zitiere HENRI POINCARÉ — eine Ansammlung von Tatsachen ist ebensowenig eine Wissenschaft, wie ein Haufen Steine ein Haus. Das Meer der Tatsachen ist stumm und gibt seine Geheimnisse erst preis, wenn es von sinnvollen Fragestellungen angesprochen wird. Derartige sinnvolle Fragestellungen lassen sich aber nur aus einer Theorie gewinnen, die natürlich der ständigen Nachprüfung an der Erfahrung bedarf. Weder die Erfahrung allein noch die theoretische Spekulation allein kann in das Dunkel der Tatsachen Licht bringen. Das ist eine Selbstverständlichkeit, die aber nicht genug wiederholt werden kann, gegenüber den immer wieder auftretenden Ansprüchen eines haltlosen und blinden Nur-Empirismus einerseits und eines Irrationalismus andererseits, der seine „wissenschaftliche Impotenz mit den Fetzen aus den philosophischen Mänteln von PLATO, HEGEL oder HUSSERL verhüllt und aus einem Wort eine Tyrannei macht“ (SCHUMPETER).

Auch ist es in Deutschland oft noch nötig, zwei ärgerlichen Mißverständnissen zu begegnen: die Verwendung der Mathematik in der Wirtschaftswissenschaft sei eine unzulässige Anleihe bei den Naturwissenschaften — eine Auffassung, die offenbar ihren Ursprung in der historisch zufälligen Tatsache hat, daß Mathematik und Naturwissenschaften in der gleichen Fakultät beheimatet sind. Bedarf es heute

wirklich noch der Begründung, daß die Mathematik eine Sprache ist, die von den Naturwissenschaften völlig unabhängig ist — eine Sprache, die uns das Durchdenken komplizierter Zusammenhänge erleichtert und uns hilft, das zu erkennen, was unerkannt in den aus der Erfahrung gewonnenen Voraussetzungen liegt?

Das zweite Mißverständnis kommt in einer Auffassung zum Ausdruck, für die folgendes Zitat von RÖPKE typisch ist: das Entscheidende in der Wirtschaft liege in Dingen, „die so vertrackt unmathematisch sind, wie ein Liebesbrief oder eine Weihnachtsfeier, in moralisch-geistigen Kräften, in Reaktionen und Meinungen, die jenseits der Kurven und Gleichungen liegen, im ewig Unberechenbaren und Unvorausehbar“ (in „Der wissenschaftliche Ort der Nationalökonomie“, Studium Generale Bd. 6, 1953, S. 380). Selbstverständlich ist der Entschluß der Familie Müller, das Rauchen aufzugeben, eine „vertrackt unmathematische“ Sache. Und ebenso ist die Reaktion des einzelnen Haushalts z.B. auf eine Einkommenserhöhung unvorhersehbar — so unvorhersehbar wie die Todesstunde des einzelnen Menschen. Für eine genügend große Gruppe von Haushalten zeigen sich indessen bestimmte stochastische Regelmäßigkeiten in der Abhängigkeit des Konsums von der Höhe des Realeinkommens, die sich im Regelfall nur langsam ändern. Und weil — und nur weil — derartige stochastische Regelmäßigkeiten im Verhalten von Gruppen in unsere Modelle eingehen, sind wir in der Lage, bedingte Aussagen über z. B. die Wirkung einer Senkung der Einkommensteuer zu machen. Wenn die Zentralbank die Mindestreservesätze der Kreditbanken erhöht, kann sie sich nur deshalb darauf verlassen, daß das Kreditpotential der Banken eingeschränkt wird, weil sie weiß, daß die Zahlungsgewohnheiten sich nur sehr langsam ändern und kurzfristig als konstant betrachtet werden können. Gäbe es keine stochastischen Regelmäßigkeiten in den Reaktionen der Haushalte, Unternehmer, Kreditinstitute auf Änderungen wirtschaftlicher Größen, so wäre alles Chaos. Wirtschaftspolitik wäre dann in einer Marktwirtschaft überhaupt eine Unmöglichkeit.

So ärgerlich solche Mißverständnisse auch sein mögen, weil sie den Ökonomen zwingen, seine wertvolle Zeit für die Abfuhr von Müll auf seinem Weg zu verwenden, so wenig bedeutsam sind sie für den Fortschritt der ökonomischen Wissenschaft, der sich doch immer gegen alle Widerstände durchsetzt.

Die Mitte des 19. Jahrhunderts brachte die Entdeckung, daß eine freie Marktwirtschaft eine zentrale Lenkung des Geldwesens erfordert, daß die Versorgung einer freien Marktwirtschaft mit Geld nicht individueller Willkür überlassen bleiben kann. „Money does not manage itself“ — so formulierte der Engländer BACHEOT in seinem Werk „Lombard Street“ diese revolutionäre Erkenntnis, der die Zentralbanken ihre Entstehung verdanken. Die große Depression der dreißiger Jahre brachte die neue, viel weiter reichende Entdeckung, daß der sich selbst überlassene Preismechanismus einer freien Marktwirtschaft kein von Deflation und Inflation freies Wachstum des Sozialproduktes pro Kopf der Bevölkerung garantiert; daß es vielmehr bestimmter wirtschaftspolitischer Maßnahmen bedarf, wenn ein gleichgewichtiges Wachstum, ein Wachstum bei hoher Beschäftigung ohne Deflation und Inflation erreicht werden soll.

Das heute allen Ländern der westlichen Welt gemeinsame wirtschaftspolitische Ziel der Erhaltung der internen finanziellen Stabilität und hoher Beschäftigung bedeutet mithin zugleich das Ende der Welt des unkontrollierten „Laissez-faire“. An ihre Stelle sind in der westlichen Welt gemischte Wirtschaftsordnungen mit vorwiegend marktwirtschaftlicher Struktur getreten, d. h. Wirtschaftsordnungen, in denen in weiten Bereichen die Grundfreiheiten und entscheidenden Spielregeln der Marktwirtschaft bestehen bleiben, der Wirtschaftsaufbau jedoch durch den Staat im Hinblick auf bestimmte wirtschaftspolitische Zielsetzungen gelenkt wird.

Damit wird die Wirtschaftstheorie nun mehr als ein bloßes Feld intellektueller Neugier. Sie wird zugleich ein zentrales und fundamentales Instrument für die praktische Wirtschaftspolitik. So wie das „scientific management“ aus der Unternehmung nicht mehr fortzudenken ist und in seinem Rahmen heute in großem Ausmaß mathematische Denkweisen zur Anwendung kommen — ich nenne nur die statistischen Methoden der Marktforschung oder die Methoden der linearen Programmierung — und wie es das zwar niemals zu entbehrende, aber auch nie ausreichende Fingerspitzengefühl genialer Unternehmer in weiten Bereichen durch rationale Verfahren ersetzt hat, so kann heute bereits in vielen Ländern von einem „scientific management“ der Wirtschaft gesprochen werden. Holland z. B. gründet seine gesamte Wirtschaftspolitik auf Modelle, d. h. auf Gleichungssysteme, in denen die für das betreffende Problem relevanten Variablen und die zwischen ihnen bestehenden Beziehungen, von denen die Reaktionsgleichungen der Wirtschaftsgruppen natürlich

stochastischen Charakter haben, zum Ausdruck kommen. Mit Hilfe derartiger „Entscheidungsmodelle“ läßt sich auch die wichtige Frage der Verträglichkeit von Zielen und Mitteln beantworten sowie feststellen, wie die Mittel eingesetzt werden müssen, um bestimmte Ziele zu erreichen. Diese Arbeiten haben wesentlich zur Objektivierung der wirtschaftspolitischen Diskussionen geführt und das Gefühl der Verantwortlichkeit und der Kooperation der Handelnden gegenüber den angestrebten Zielen gestärkt.

Die Erkenntnis, daß die Intuition und das Fingerspitzengefühl, so wenig sie entbehrt werden können, heute nicht mehr ausreichen, um ein gleichgewichtiges Wachstum jenseits von Inflation und Deflation zu sichern, daß auf die Mitwirkung des in der theoretischen Analyse geschulten Experten nicht mehr verzichtet werden kann, setzt sich mehr und mehr durch.

Vorbei sind die Zeiten, in denen das Feld der Ökonomie ein Schlachtfeld sich bekämpfender Schulen und frei im Raum schwebender methodologischer Diskussionen war, in denen jeder den ihm zusagenden Standpunkt einnehmen konnte. Heute umfassen die Wirtschaftswissenschaften ein eigenständiges Reich, in dem im Sinne der Stochastik praktisch bedeutsame Aussagen über ökonomische Zusammenhänge möglich sind. Die heute an allen hohen Schulen der Welt gelehrt gleiche Technik dieser Analyse wird einer Jugend vermittelt, die für die Wirtschaft Dienste der gleichen Art zu leisten vermag wie der Arzt für die Gesundheit und der Ingenieur für die Technik.

Gleichwohl denkt man in der Praxis noch weithin in veralteten und überholten Theorien. Wie viele Parlamente stehen noch im Bann des Dogmas von der Neutralität eines ausgeglichenen Haushalts oder der Vorstellung, daß jede Kreditaufnahme des Staates bei der Notenbank inflatorisch wirkt? Wie viele Politiker vertreten Maßnahmen oder Ziele, die nicht miteinander verträglich sind? Um so notwendiger und bedeutender wird die Mitwirkung des Experten in der Praxis.

Allerdings haben wir natürlich auch dann noch keine Gewähr dafür, daß in einer gegebenen Situation die rechten Mittel zur rechten Zeit zur Anwendung kommen. Es ist keineswegs sicher, daß der Rat der Experten auch befolgt werden wird. Ein Arzt kann einen Patienten auf die schädlichen Folgen einer bestimmten Ernährungsweise aufmerksam machen. Aber ob der Rat befolgt wird, ist eine Willensentscheidung des Patienten. Man beachte auch, daß der Rat des Ökonomen ebenso wie der des Arztes nur ein bedingter sein kann.

Er gilt immer nur unter bestimmten Voraussetzungen. Wie der Arzt auch immer nur sagen kann, daß ein bestimmter Eingriff zur Gesundung führt, wenn keine Komplikationen eintreten, so gilt das gleiche vom Rat des Ökonomen. Man kann den Ökonomen nicht für das Eintreten und für die Folgen eines Erdbebens oder einer Mißernte verantwortlich machen. Aber leider will, wie SCHUMPETER einmal treffend gesagt hat, derselbe Mann, der einsieht, daß ihn sein Bankier nur in Geld- und nicht auch in Herzensangelegenheiten beraten kann, vom Ökonomen oft eine Antwort, die in einem Satz *alle* Seiten des Problems, die wirtschaftlichen, politischen, kulturellen, ethischen usw., erledigt. Es kann nicht genug betont werden, daß der Ökonom nur für die ökonomische Seite des Problems zuständig ist. Die Wirtschaftstheorie vermag anzugeben, wie unter bestimmten Voraussetzungen hohe Beschäftigung bei Wahrung der internen finanziellen Stabilität erreicht werden kann, wie insbesondere Lohnpolitik, Finanzpolitik und Kreditpolitik zusammenwirken und aufeinander abgestimmt werden müssen, um dieses Ziel im Rahmen einer vorwiegend marktwirtschaftlichen Ordnung zu erreichen. Aber die Verwirklichung des Zieles hängt davon ab, daß alle Partner das Ziel und die Ordnung der Wirtschaft als verbindlich anerkennen und sich ihnen verantwortlich fühlen. Die Wirtschaft kann ihre Ziele niemals aus sich selbst finden. Sie ist eine Veranstaltung von Menschen für Menschen, die sich ihre Ordnung und die in ihr zu erreichenden Ziele selbst setzen. Beide Entscheidungen wurzeln in außerökonomischen Bereichen bis zu den letzten Vorstellungen über Sinn und Wert menschlicher Freiheit und über das Verhältnis von Einzelpersonlichkeit und Staat, was niemand eindringlicher und überzeugender gezeigt hat als MAX WEBER. Deshalb kann es auch keine für alle Völker und für alle Zeiten gleiche Antwort auf die Frage nach der optimalen Wirtschaftsordnung geben. Auch unsere heutige vorwiegend marktwirtschaftliche Ordnung ist in ihren Grundlagen und in ihrer Wirkungsweise an bestimmte Vorstellungen über den Wert des Individuums als Persönlichkeit und über den Wert bestimmter Freiheiten gebunden — Wertvorstellungen, deren Überlegenheit gegenüber anderen Wertvorstellungen sich logisch nicht begründen läßt. Die ökonomische Theorie kann wohl die verschiedenen Möglichkeiten der Lösung des ökonomischen Grundproblems vergleichend analysieren und damit einen wesentlichen Beitrag zu einem Verständnis der Unterschiede in den Funktionsweisen verschiedener Wirtschaftsordnungen leisten. Sie kann auch zeigen, daß und wie bestimmte außerökonomische

Daten den Spielraum für die Realisierbarkeit grundsätzlich möglicher Wirtschaftsordnungen einschränken. Innerhalb dieses Spielraums aber ist und bleibt die Entscheidung für eine bestimmte Wirtschaftsordnung eine Angelegenheit des wollenden Menschen, wobei die Wissenschaft allerdings ganz deutlich zu machen hat, „wo der denkende Forscher aufhört und der wollende Mensch anfängt zu sprechen“ (MAX WEBER). Diese Entscheidung wollender Menschen bestimmt in letzter Instanz die Art der Lösung des Problems der Allokation der Ressourcen sowie der Verteilung des Sozialproduktes und damit die zentralen Fragestellungen und Entwicklungslinien der Wirtschaftswissenschaft.

VERÖFFENTLICHUNGEN DER
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHEN UNIVERSITÄTSGESELLSCHAFT
NEUE FOLGE

- Nr. 1: KARL JORDAN DIE CHRISTIAN-ALBRECHTS-UNIVERSITÄT IM WANDEL DER JAHRHUNDERTE. MIT 5 ABBILDUNGEN.
32 SEITEN, GEHEFTET 1.50 DM
- Nr. 2: KARL-HEINRICH WEISE VOM MATHEMATISCHEN DENKEN.
30 SEITEN, GEHEFTET 1.20 DM
- Nr. 3: CLAUD VIRCH ERNST BARLACHS ENTWÜRFE ZUM KIELER „GEISTKÄMPFER“. MIT 14 ABBILDUNGEN. 2. AUFLAGE.
34 SEITEN, GEHEFTET 2.40 DM
- Nr. 4: HORST SCHRÖDER GESETZ UND RICHTER IM STRAFRECHT.
30 SEITEN, GEHEFTET 1.20 DM
- Nr. 5: THEODOR SIEBS — ERICH WOHLBERG HELGOLAND UND DIE HELGOLÄNDER. MIT 180 ABBILDUNGEN.
304 SEITEN, GANZLEINEN 25.80 DM
- Nr. 6: HERMANN von MANGOLDT REDEN ZU SEINEM GEDÄCHTNIS. MIT EINEM BILDNIS.
42 SEITEN, GEHEFTET 2.— DM
- Nr. 7: VOLBEHR — WEYL — BÜLCK — NEWIGER PROFESSOREN UND DOZENTEN DER CHRISTIAN-ALBRECHTS-UNIVERSITÄT ZU KIEL 1665—1954. VIERTE AUFLAGE.
IX, 294 SEITEN, GANZLEINEN 18.— DM
GEHEFTET 10.— DM
- Nr. 8: HARTWIG EUFINGER DIE CHIRURGIE, IHRE KLINIKEN UND LEHRER AN DER CHRISTIAN-ALBRECHTS-UNIVERSITÄT ZU KIEL IM WANDEL DER ZEITEN. MIT EINEM BILDNIS UND 12 ABBILDUNGEN.
64 SEITEN, GEHEFTET 4.20 DM
- Nr. 9: ERICH HOFMANN SPRACHSYSTEM UND SPRACHPRÄZISION.
24 SEITEN, GEHEFTET 1.20 DM
- Nr. 10: AUGUST WILHELM FEHLING DIE FORSCHUNGSFÖRDERUNG DER AMERIKANISCHEN BUNDESREGIERUNG UND IHRE RÜCKWIRKUNGEN AUF DIE HOCHSCHULFORSCHUNG.
32 SEITEN, GEHEFTET 1.60 DM
- Nr. 11: GERHARD DULCKEIT REDEN ZU SEINEM GEDÄCHTNIS. MIT EINEM BILDNIS.
60 SEITEN, GEHEFTET 2.80 DM
- Nr. 12: ERNST THEODOR SEHRT SHAKESPEARE UND DIE ORDNUNG.
28 SEITEN, GEHEFTET 1.50 DM

VERÖFFENTLICHUNGEN DER
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHEN UNIVERSITÄTSGESELLSCHAFT
NEUE FOLGE

(Fortsetzung)

- Nr. 13: GEORG BLOHM DIE NATURGEBUNDENHEIT DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN PRODUKTION.
22 SEITEN, GEHEFTET 1.40 DM
- Nr. 14: KURT RANKE SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE VOLKSMÄRCHEN,
BAND 1, Ath 300—402.
360 SEITEN, GANZLEINEN 25.70 DM
- Nr. 15: FRANZ KLOSE DAS ALTER ALS SOZIALHYGIENISCHES PROBLEM.
26 SEITEN, GEHEFTET 1.50 DM
- Nr. 16: ALEXANDER SCHARFF SCHLESWIG-HOLSTEIN IN DER EUROPÄISCHEN
UND NORDISCHEN GESCHICHTE. MIT 3 KARTEN
60 SEITEN, GEHEFTET 3.40 DM
- Nr. 17: HEINRICH HAMMER DIE ZAHNHEILKUNDE, IHRE ENTWICKLUNG
VOM HANDWERK ZUR WISSENSCHAFT.
24 SEITEN, GEHEFTET 1.40 DM
- Nr. 18: HANS AUGUST HERRMANN SCHMUCKFORMEN AM BAUERNHAUS IN HOL-
STEIN. MIT 26 AUFNAHMEN, 7 KARTEN UND
22 BILDTAFELN.
156 SEITEN, GANZLEINEN 14.50 DM
- Nr. 19: ALFRED HEUSS THEODOR MOMMSEN UND DAS 19. JAHRHUNDERT.
288 SEITEN, GANZLEINEN 18.80 DM
- Nr. 20: FRITZ BLÄTTNER VOM SINN DES ALTERS.
22 SEITEN, GEHEFTET 1.40 DM
- Nr. 21: WILHELM HALLERMANN ÄRZTLICH-MEDIZINISCHE AUFGABEN IM RAH-
MEN DER RECHTSPFLEGE.
19 SEITEN, GEHEFTET 1.40 DM
- Nr. 22: KURT RANKE SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE VOLKSMÄRCHEN,
BAND 2, Ath 403—665.
404 SEITEN, GANZLEINEN 32.50 DM
- Nr. 23: HANS HELMUT JANSEN DIE GESCHICHTE DES PATHOLOGISCHEN INSTITU-
TES DER CHRISTIAN-ALBRECHTS-UNIVERSITÄT
IN KIEL. MIT 16 ABBILDUNGEN.
72 SEITEN, GEHEFTET 4.80 DM
- Nr. 24: ALBRECHT UNSÖLD MAX PLANCK · PHYSIK UND HISTORIE.
MIT 4 ABBILDUNGEN.
32 SEITEN, GEHEFTET 2.00 DM

FERDINAND HIRT IN KIEL